



Industrie- und Handelskammern  
in Bayern

# INFORMATIONEN

## FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

**Ihre Ansprechpartnerin**

Almut Burkhardt

**Mail**

almut.burkhardt@muenchen.ihk.de

**Telefon**

089 5116-2037

**Datum**

17.02.2022

### **Bayern auch 2021 mit Außenhandelsdefizit**

BIHK-Chef Gößl: „Niedrigere Steuern und Strompreise zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“

München – 2021 hat die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von 189,9 Milliarden Euro exportiert. Gegenüber dem von der Pandemie geprägten Vorjahr ergab sich ein Plus von 12,9 Prozent, so die heute veröffentlichten Zahlen des Bayerischen Landesamtes für Statistik. Gleichzeitig beliefen sich die Importe auf einen Höchstwert von 211,8 Milliarden Euro. „Zwar konnte Bayern im vergangenen Jahr die Abwärtsspirale bei den Exporten beenden“, sagt Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK), „aber anders als für Deutschland insgesamt nehmen die Importüberschüsse stetig zu und verzeichneten 2021 einen Rekordwert.“ Damit führt Bayern bereits **das dritte Jahr in Folge** mehr Waren ein als aus.

Die Gründe für diese Entwicklung sind laut BIHK-Chef Gößl vielfältig: „Zu der seit Jahren handelspolitisch angespannten globalen Lage, die sich in einem zunehmenden protektionistischen Verhalten geäußert hat, erweisen sich inzwischen Preisanstiege bei Rohstoffen und Vormaterialien, die generelle Materialknappheit und noch immer pandemiebedingte Störungen in den Lieferketten als Dämpfer für die bayerischen Exportunternehmen.“ Gößl zufolge werde zunehmend auch mehr in den Absatzmärkten selbst wie zum Beispiel China produziert. Weiterhin sinken Pkw-Exporte aus dem Freistaat kontinuierlich, während Importe von Autos steigen.

Der BIHK-Chef mahnt die Politik: „Um den internationalen Handel für Bayern und Deutschland widerstandsfähiger zu machen, brauchen wir eine Wiederbelebung der Welthandelsorganisation WTO und ergänzende bilaterale Handelsabkommen sowie die weitere Vertiefung des EU-Binnenmarktes. Angesichts der stark steigenden Einkaufspreise bei Rohstoffen und Energie kann die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts Deutschland außerdem nur durch Kosteneinsparungen zum Beispiel bei den Steuern und vor allem deutlich niedrigere Strompreise verbessert werden.“